

06.11.2003 - 10:06 Uhr

## Referendum gegen Lohnfortzahlung für erwerbstätige Mütter: Reine Ideologie!

Bern (ots) -

SVP und Rechtsbürgerliche, die heute das Referendum gegen das neue Erwerbsersatzgesetz lanciert haben, blenden dreierlei aus:

1. den seit 1945 hängigen Verfassungsauftrag für eine Mutterschaftsversicherung;
2. die frappanten Unterschiede zwischen den Branchen. In gewissen Branchen ist dank Gesamtarbeitsverträgen der Lohnausfall bei Mutterschaft gut geregelt. In anderen jedoch haben Mütter, insbesondere nach dem Wechsel einer Arbeitsstelle, nur das gesetzliche Minimum von drei Wochen zugute. Wenn sie zudem noch krank waren, können sie am Schluss ganz ohne Lohn dastehen. Gleichzeitig verbietet ihnen das Gesetz für 8 Wochen die Erwerbstätigkeit...
3. die soziale Realität der Mütter, die grossmehrheitlich bei Geburt eines Kindes ihren Beruf nicht mehr aufgeben.

Das neue Erwerbsersatzgesetz ermöglicht nun allen erwerbstätigen Müttern Anspruch auf Lohnersatz, unabhängig von Dienstalter und Arbeitgeber. Dies ist gerecht und fair. Denn den erwerbstätigen Frauen wird damit bei Geburt eines Kindes zustehen, was den erwerbstätigen Militärdienstleistenden seit langem zugesichert ist: ein Lohnersatz. Die vorliegende Lösung ist aber auch im Interesse der Arbeitgeber und der Wirtschaft. Entgegen dem Gejammer des Referendumskomitees werden die Arbeitgeber netto um 136 Mio. Franken pro Jahr entlastet. Die Finanzierung erfolgt paritätisch; damit leisten die ArbeitnehmerInnen solidarisch ihren Beitrag.

Der SGB wird das neue Gesetz als schlanke, gerechte und logische Lösung aktiv unterstützen: Weil die Lohnfortzahlung bei Mutterschaft gleiche Chancen schafft, sowohl unter den Arbeitnehmerinnen, wie auch unter den Branchen.

Auskünfte: Natalie Imboden, 079 / 706 62 84

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100003695/100468587> abgerufen werden.